

Stand: 10.02.2026 03:19:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/394

"Windkraft im Chemiedreieck ausbauen - Perspektiven und Wettbewerbsvorteile für Wacker Chemie und chemische Industriebetriebe sichern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/394 vom 07.02.2024
2. Beschluss des Plenums 19/404 vom 07.02.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 07.02.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Holger Gießhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Windkraft im Chemiedreieck ausbauen – Perspektiven und Wettbewerbsvorteile für Wacker Chemie und chemische Industriebetriebe sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur Chemieproduktion im Bayerischen Chemiedreieck und insbesondere am Standort Burghausen des Wacker-Konzerns.

Der Landtag erkennt an, dass das Chemiedreieck und Wacker Chemie von entscheidender Bedeutung für die Wertschöpfung, den Wohlstand und die Zukunftsperspektiven nicht nur der Region, sondern des ganzen Freistaates Bayern sind.

Der Landtag begrüßt ausdrücklich, dass Wacker Chemie eine Führungsrolle für eine klimaneutrale Chemieproduktion in Deutschland und Bayern übernehmen will und sieht darin eine enorme Chance für eine zukunftsfähige und wettbewerbsfähige Chemieproduktion in Bayern und Deutschland.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um Wacker Chemie und den anderen Betrieben der Chemieindustrie im Chemiedreieck eine sichere, klimafreundliche und zukunftsfähige Energieversorgung zu ermöglichen.

Dazu gehören insbesondere:

- ein klares und unzweifelhaftes Bekenntnis der Staatsregierung zur Windkraft im Freistaat Bayern und ihrem beschleunigten Ausbau sowie
- eine öffentliche Aufklärungskampagne pro Windkraft, die umgehend von der Staatsregierung auf den Weg gebracht werden muss.

Dazu zählt außerdem die Etablierung eines Bürger-Dialogs für einen Windpark zur Versorgung von Wacker Chemie mit bezahlbarem Strom im Landkreis Altötting mit dem Ziel, die Zustimmung zum Bau von Windkraftanlagen zu fördern.

Der Landtag stellt fest, dass dieses Projekt in der besonderen Verantwortung der gesamten Staatsregierung, vor allem aber des Ministerpräsidenten und des zuständigen Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, liegt.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, dem Landtag schnellstmöglich einen konkreten Plan zum schnellen Ausbau der Windkraft in Bayern vorzulegen und parallel zu den Vorhaben des Bundes ein Konzept für die finanzielle Beteiligung von Kommunen an Windkraftanlagen auf ihrem Gemeindegebiet zu entwickeln.

Begründung:

Der Standort Burghausen von Wacker Chemie ist mit 8 000 Beschäftigten, 2.6 km² Fläche und insgesamt 150 Produktionsbetrieben nach eigenen Aussagen von Wacker der größte Produktionsstandort und das „Herz des Wacker Konzerns“. Seit 1954 erforscht Wacker Polysilicium, das der Schlüsselrohstoff für die Energiewende und die Digitalisierung ist. Wacker ist bei der Herstellung von Polysilicium führend auf der Welt. Der Konzern stellt heute mit 3 500 Beschäftigten 80 000 t Polysilicium pro Jahr her.

Der Konzern hat sich entschlossen, so schnell wie möglich klimaneutral zu werden und die Produktion so für die Zukunft in Deutschland und Bayern zu sichern. Voraussetzung ist allerdings eine gute und sichere Versorgung mit klimafreundlicher Energie und sauberem Strom. Dafür soll ein Windpark mit 40 Windkraftanlagen entstehen. Dieses Projekt wurde und wird von der gesamten Politik als Vorbild für die Energiewende und zukunftsgerichtete Energiepolitik angesehen. Auch Vertreter der Staatsregierung von CSU und FREIEN WÄHLERN haben das Vorhaben als vorbildlich gelobt. Es blieb allerdings vor allem bei Bekenntnissen – faktisch wurde vonseiten der Staatsregierung viel zu wenig getan, um die Akzeptanz für dieses wichtige Projekt zu fördern. Das geschah auch vor dem Hintergrund, dass gerade aus der CSU in den letzten Jahren immer wieder die Windkraft als Energieerzeugungsform für Bayern infrage gestellt wurde.

Nach dem Bürgerentscheid in der Gemeinde Mehring gegen Windräder auf dem Gemeindegebiet am 28. Januar 2024 ist es jetzt von entscheidender Bedeutung für die Zukunft von Wacker Chemie und der Polysilicium-Produktion des Wacker-Konzerns am Standort Burghausen, dass vonseiten der Staatsregierung alles getan wird, damit das Windparkprojekt Erfolg hat. Dazu gehört die uneingeschränkte Unterstützung des Wacker-Konzerns bei der Umsetzung des Windkraftprojekts, das Werben für Zustimmung bei der örtlichen Bevölkerung, ein klares Bekenntnis zur Windkraft und eine Aufklärungskampagne pro Windkraft in Bayern. Außerdem müssen jetzt vom zuständigen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie ein konkreter Plan für den beschleunigten Ausbau der Windkraft im Freistaat und ein Konzept für die finanzielle Beteiligung von Städten und Gemeinden an Windkraftprojekten auf ihrem Gemeindegebiet entwickelt werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Holger Griebhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/394

Windkraft im Chemiedreieck ausbauen – Perspektiven und Wettbewerbsvorteile für Wacker Chemie und chemische Industriebetriebe sichern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Florian Köhler

Abg. Florian von Brunn

Abg. Martin Andreas Huber

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Johannes Meier

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Josef Lausch

Staatsminister Hubert Aiwanger

Abg. Ruth Müller

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drohendes Aus für Bayerns größten geplanten Windpark im Chemiedreieck abwenden. Mehr Bürgerbeteiligung jetzt! (Drs. 19/381)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Holger Gießhammer u. a. und Fraktion (SPD)

Windkraft im Chemiedreieck ausbauen - Perspektiven und Wettbewerbsvorteile für Wacker Chemie und chemische Industriebetriebe sichern! (Drs. 19/394)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort als Erstes dem Kollegen Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Bayern ist kein Windland." – Diesen Satz hörten wir immer wieder von Markus Söder. "Bayern ist kein Windland" wurde ein echter Hit in Söders Tweet-Schmiede. Damit konnte man bestens von den eigenen Schwächen im Freistaat ablenken.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Die CSU kämpfte jahrelang gegen die Windräder, die FREIEN WÄHLER auch im Namen von Herrn Energieminister Aiwanger jahrelang gegen Leitungen. Keine Windräder, keine Leitungen – so sah die Energiepolitik der Staatsregierung über Jahre aus, desaströs für unser Land und für unsere Wirtschaft.

Nach dem Rückschlag jetzt bei dem Windpark in Altötting und der Ablehnung durch die Bürgerinnen und Bürger von Mehring stehen Söder und Aiwanger im zerstörten

Porzellanladen und streiten sich, wer mehr kaputt geschlagen hat. War es der eine, war es der andere? Es ist ein Wettstreit, wirklich auf Kosten von uns allen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Keiner will zuständig gewesen sein. Der eine schiebt es auf den anderen. Kaniber schiebt es jetzt auf Aiwanger. Aiwanger schiebt es auf Ministerpräsident Söder. Da kann man nur sagen: Hören Sie endlich auf, und machen Sie eine gescheite Energiepolitik!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir brauchen günstige und saubere Energie für unseren Wirtschaftsstandort, gerade im Chemiedreieck. Das Chemiedreieck ist, wie Sie sicherlich alle wissen, überhaupt erst vor hundert Jahren entstanden, weil es dort saubere Energie, weil es dort die Wasserkraft gab.

Vielleicht auch noch dazu: Wir brauchen keinen gefährlichen Atomstrom, der irgendwann von neuen AKWs in Tschechien produziert werden soll. Wir brauchen einen kräftigen Ausbau der Windkraft, gerade in diesem Bereich. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dazu gehört es jetzt auch einfach einmal, dass Sie einen klaren Schlusstrich ziehen. Sagen Sie endlich einmal klar und deutlich, dass 10 H ein Fehler war. Sagen Sie endlich einmal, dass wir jetzt Windkraft brauchen; denn dort draußen in Mehring hören Sie immer noch das Echo: Bayern ist kein Windland, Bayern ist kein Windland. – Das ist dort angekommen und auch der Grund dafür, dass jetzt der Bürgerentscheid in Mehring verloren ging.

Deswegen gilt: Gehen Sie raus, nicht nur die Abgeordneten vor Ort von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN, sondern eben auch Sie von der Spitze. Jetzt schauen

Sie genauer hin, haben Sie gestern gesagt, Herr Aiwanger. Ja, dann fragt man sich schon: Wo haben Sie denn bisher hingeschaut?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich schätze mal schwer, dass auf Ihrem Schreibtisch, wenn Sie nur mal da gewesen wären, sicherlich ein Hinweis gewesen wäre. Den haben Sie aber nie gesehen.

Wir stehen vor sehr, sehr großen Herausforderungen. Wir brauchen endlich eine ernsthafte Energiepolitik der Staatsregierung, die ihre Ziele auch verfolgt, und wir brauchen einen Energieminister, der seinen Job macht. Mit Populismus, Herr Ministerpräsident Söder und Herr Aiwanger, kann man vielleicht eine Wahl gewinnen, aber man kann damit kein Land regieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es funktioniert, wenn man Bürgerinnen und Bürger mitnimmt. Lösungen gibt es schon. Wir haben 140 Windräder in den bayerischen Staatsforsten, die sich entweder schon drehen oder in Planung sind. Diese 140 Windräder sind so entstanden, dass die Bayerischen Staatsforsten mit den Kommunen oder mit Bürgerenergiegenossenschaften direkte Verträge gemacht haben.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Mehr als zehn Jahre lang hat das funktioniert. Da gab es keine rechtlichen Probleme. Man zum Beispiel auch Bürgerentscheide gewonnen wie in Ebersberg; dort gab es eine klare, breite Bürgerbeteiligung. Man hat Projekte wie zum Beispiel am Rennsteig mit 85 % Zustimmung. Das alles gibt es. Das treten Sie mit Füßen, weil es jetzt auf einen Schlag, seit 2023, bei den Staatsforsten heißt: Alles muss ausgeschrieben werden; bei der Bürgerbeteiligung kann aber maximal 24,9 % verbindlich eingefordert werden. – Dann hat man ein Gutachten erstellen lassen, in dem es heißt, die Staatsforsten hätten eine marktbeherrschende Stellung.

Herr Aiwanger, Sie sind jetzt Aufsichtsratsvorsitzender; vorher war es Frau Kaniber. Da muss man schon wirklich sagen, dass diese Gründe, wie es dazu kam, wirklich an den Haaren herbeigezogen sind. Da hat man dann gesagt: Wir beschränken uns nur auf den Wald, weil im Wald besonders gute Bedingungen für die Windkraft sind; da haben dann die Staatsforsten einen Anteil von 30 %. – So hat man dann die marktbeherrschende Stellung begründet.

Die Langfassung des Gutachtens wird bis heute nicht herausgegeben. Wir ahnen schon, warum: weil da solche Sachen drinstehen wie die, dass es die Vorgabe war, nur den Wald zu betrachten. Wenn Sie sich aber mit Projektierern draußen unterhalten und jemand hat die Alternative, in Offenland oder in Wald zu gehen, dann sagt jeder: Ich gehe ins Offenland; denn der Wald ist kompliziert. Da muss ich roden, da muss ich aufforsten, da habe ich Bauzeitenbeschränkungen. Ich habe eine höhere Rauigkeit. – Diese Annahme, dass hier der Wald explizit als Sektor betrachtet wird, ist grottenfalsch und nicht begründbar. Wir haben dazu auch ein Gutachten gemacht.

Deswegen fordere ich Sie, Herr Staatsminister Aiwanger, auch als Aufsichtsratsvorsitzenden der Bayerischen Staatsforsten abschließend dazu auf: Veröffentlichen Sie die Langfassung dieses Gutachtens! Machen Sie Schluss mit den Ausschreibungen bei den Staatsforsten! Machen Sie Schluss mit dem Hochtreiben der Pachtpreise! Das ist nämlich die Konsequenz. Kehren Sie endlich zu dem alten System – Direktvergabe mit den Kommunen – zurück; denn dann haben wir eine breite Bürgerbeteiligung und eine breite Kommunalbeteiligung. Machen Sie eine bayernweite Kampagne pro Windkraft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Köhler von der AfD-Fraktion das Wort.

Florian Köhler (AfD): Sie sind ja von den GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ja.

Florian Köhler (AfD): Dem Vernehmen nach stehen Sie für Umwelt und Naturschutz. Da muss ich mir schon die Frage stellen: Nach Angaben der Investoren sollen für diesen geplanten Windpark in den Altöttinger Staatsforsten Bäume auf einer Fläche von mindestens 43 Fußballfeldern für immer gerodet werden. Ist das das grüne Verständnis von Umwelt und Naturschutz?

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den GRÜNEN: Er hat es immer noch nicht kapiert!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das Problem bei dem Bürgerentscheid in Mehring war auch, dass Menschen wie Sie hier wirklich Desinformation betrieben haben,

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der AfD)

dass Sie in einem ganz breiten Umfeld hier einfach Sachen in den Raum gestellt haben, bei denen Zahlen an den Haaren herbeigezogen waren.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Ich kann Ihnen mal einen Windpark bei uns im Landkreis Ansbach zeigen. Da hat man zwei Windräder in den Wald gestellt, das eine an einer Kreuzung, an der ein Holzlagerplatz war – kein einziger Baum ist gefällt worden –, das andere an einem Altdeponiestandort; da musste eine Fichte gefällt werden.

(Zuruf von der AfD: Die Wähler haben entschieden!)

Man kann sehr, sehr gut Windkraft und Wald zusammenbringen. Das kann man eben auch schaffen, wenn man sagt: Wir haben kleinere Projektierer und nicht Großkonzerne, die hier dann den Auftrag bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD spricht der Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Wacker-Konzern ist ein Weltmarktführer bei der Herstellung von Polysilizium. Allein 3.500 Arbeitsplätze im Landkreis Altötting hängen daran. Insgesamt gibt es im Werk Burghausen 8.000 Arbeitsplätze. Polysilizium ist ein wichtiger Grundstoff für die Halbleiterproduktion. Er ist die Voraussetzung für die Energiewende, weil er in der Photovoltaik und in den Windrädern steckt. Er ist unverzichtbar für alles, was mit Digitalisierung zusammenhängt. Polysilizium von Wacker steckt in jedem zweiten Computer, Notebook oder Smartphone weltweit.

Wir reden also bei Wacker von einem echten Champion, von einem Innovationsweltmeister und einem bayerischen Weltkonzern, einem Industrieunternehmen, auf das wir alle stolz sein können und das unsere Zukunft in Bayern sichert. Wacker – das beeindruckt mich sehr – hat sich entschlossen, seine Produktion klimaneutral zu machen. Auch das ist großartig und ein Vorbild für die deutsche Chemieindustrie.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Energieversorgung von Wacker hat 1909 mit einem Wasserkraftwerk an der Alz begonnen. Das reicht natürlich heute nicht mehr. Jetzt geht es um die Zukunft, und eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist der besagte Windpark im Landkreis Altötting.

Dieses Projekt haben Sie von der Koalition, aus der Staatsregierung, egal, ob der Ministerpräsident oder sein Stellvertreter, in vielen Wahlkampf- und Sonntagsreden über den grünen Klee gelobt. Es hat Ihnen auch dazu gedient, von Ihren eigenen Versäumnissen bei der Windkraft abzulenken. Aber, Herr Aiwanger, ich frage schon: Was haben Sie denn eigentlich konkret dafür getan? Was haben Sie überhaupt für den Ausbau der Windkraft in Bayern getan?

Das letzte Jahr sagt viel darüber aus. In Deutschland insgesamt sind über 740 neue Windräder gebaut worden und in Betrieb gegangen, in Bayern nur 7. Gerade einmal 17 neue Anlagen wurden genehmigt. Was für ein Armutszeugnis für das stärkste Bundesland Deutschlands! Das ist die Folge eines jahrelangen ideologischen Kampfes gegen die Windkraft, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Fall Wacker: Wahlkampfreden reichen halt nicht aus, um die Bevölkerung zu überzeugen, wenn man jahrelang gegen die Windkraft gewettert hat. Es reicht nicht, wenn man ein Windkraftverhinderungsgesetz mit 10 H beschlossen hat, das übrigens bis heute nicht vollständig aufgehoben ist. Fakt ist auch, dass Sie dieses wichtige Projekt für Wacker und das gesamte Chemiedreieck viel zu wenig unterstützt haben. Sie waren als Wirtschaftsminister lieber auf Demos, als die Bevölkerung vor Ort von der Notwendigkeit zu überzeugen. Der Ministerpräsident hat es bei schönen Worten belassen. Das ist die Wahrheit, und das sind die Tatsachen.

Ich hoffe, Sie haben wenigstens jetzt, nach dem Bürgerentscheid in Mehring, den Schuss gehört; denn Photovoltaik alleine reicht in der Realität nicht aus. In der Nacht scheint keine Sonne, und im Winter liefert die Sonne zu wenig Energie. Dann kommt die Windkraft ins Spiel. Deswegen brauchen wir jetzt den schnellen Ausbau der Windkraft!

(Zuruf von der AfD: Der Wind weht auch nicht immer!)

Verlassen Sie endlich den Holzweg Atomkraft. Wiederholen Sie nicht Ihre Fehler von 2009. Atomkraft funktioniert nicht in einem System gemeinsam mit Erneuerbaren! Abgesehen von den Sicherheitsrisiken und der ungelösten Endlagerfrage ist die Stromerzeugung mit Atomkraftwerken einfach viel zu teuer. Beim neuen AKW Hinkley Point C explodieren die Kosten, und über 15 Cent wird die Kilowattstunde kosten. Das sind die Prognosen. Das ist viel zu teuer, das lohnt sich nicht! Das finnische Atomkraftwerk muss auch immer wieder abgeschaltet werden, weil Wasser und Windkraft günstiger

sind. Wenn wir dagegen in Deutschland Photovoltaik, Windkraft, Leitungen und Batteriespeicher ausbauen, können wir die Kilowattstunde für unter 7 Cent produzieren. Das ist die Zukunft und nicht die Atomkraft!

(Beifall bei der SPD)

Ziehen Sie deshalb jetzt die Lehren aus Mehring! Übernehmen Sie endlich Verantwortung für eine saubere und sichere Energieversorgung in Bayern. Übernehmen Sie echte Verantwortung für eine klimaneutrale Zukunft der bayerischen Chemieindustrie. Legen Sie hier im Landtag jetzt ein Konzept für den schnellen Ausbau der Windkraft vor, und schaffen Sie doch bitte endlich 10 H endgültig ab! Liebe CSU, bitte auch in ihren Köpfen. Sehen Sie Ihren Fehler ein. Klären Sie stattdessen über die Vorteile der Windkraft auf, beteiligen Sie die Kommunen sowie die Bürgerinnen und Bürger, und lassen Sie uns in Bayern zum Spitzenreiter bei Sonne, Batteriespeichern und Windkraft werden! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Martin Huber für die CSU-Fraktion.

Martin Andreas Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als direkt gewählter Abgeordneter des Stimmkreises Altötting und Vertreter des Bayerischen Chemiedreiecks bedauere ich den Ausgang des Bürgerentscheids in Mehring sehr. Das Bayerische Chemiedreieck ist eine der energieintensivsten Regionen unseres Landes und braucht eine zukunftsfähige Energieversorgung, insbesondere auch, um im Wettbewerb auf globaler Ebene bestehen zu können. Wie fragil das Fundament dieses Wohlstands in der Region ist, sehen wir leider auch an der Entscheidung von 3M Dyneon, den Standort Gendorf aufgrund einer von der Ampel initiierten, völlig weltfremden Regulatorik bei den PFAS-Stoffen zu schließen.

(Florian von Brunn (SPD): Fake News! – Ruth Müller (SPD): Themaverfehlung!)

Umso mehr wundert es mich, dass sich mit SPD und GRÜNEN heute zwei zu Rettern des Chemiedreiecks aufschwingen, die eigentlich der Totengräber sind, mit der Verantwortung für hohe Energiekosten und einer überbordenden Regulatorik!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Umso mehr müssen wir vor Ort die Dinge selbst in die Hand nehmen, die wir auch selbst in die Hand nehmen können. Der geplante Windpark im Altöttinger Forst ist gerade in Verbindung mit Elektrolyseanlagen ein wichtiger Baustein für eine saubere, sichere und regionale Versorgung mit erneuerbarer Energie und grünem Wasserstoff.

Ich kann Ihnen sagen: Genau deshalb unterstützt die CSU dieses Projekt auf allen Ebenen ausnahmslos, vom Bayerischen Ministerpräsidenten über den örtlichen Abgeordneten bis hin zu unseren Kommunalpolitikern vor Ort. Auch die örtliche Wirtschaft, insbesondere die Industrie, unterstützt dieses Projekt in vollem Umfang. Das Bayerische Chemiedreieck hat einen hohen Strombedarf, insgesamt 0,5 % des gesamtdeutschen Verbrauchs. Seit Jahren arbeiten wir gemeinsam mit den dort ansässigen Firmen wie Wacker an der Transformation. Transformation bedeutet automatisch einen höheren Strombedarf. Daran arbeiten wir nicht einseitig und ideologisch, sondern vernünftig und mit einem breiten Energiemix. Dazu gehört auch die Windenergie.

(Beifall bei der CSU)

Die vierzig geplanten Windräder werden die Versorgung nicht alleine stemmen, aber wie gesagt in Kombination mit Elektrolyseanlagen und Wasserstoff einen großen Teil zur Versorgungssicherheit beitragen. Dies sichert nicht nur Arbeitsplätze, sondern stärkt auch die Versorgung mit Erneuerbaren insgesamt; denn klar ist auch: Wir müssen uns für die Zukunft aufstellen, um als Standort attraktiv zu bleiben. Wir in Bayern wollen dem Bundestrend trotzen, der für Rezession und Abschwung steht!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Unternehmen in Deutschland ächzen unter hohen Belastungen, vor allem bei den Energiepreisen. Deutschland wird als Standort immer unattraktiver. Unternehmer denken ans Abwandern, und wir sind hier aufgrund unseres hohen Energiebedarfs besonders betroffen. Von der Ampel sehe ich nichts, was dem entgegensteuert, ganz im Gegenteil. Die Probleme sind hausgemacht. Vielmehr brauchen wir auch ein klares Bekenntnis der Ampel zur chemischen Industrie und zum Standort Deutschland.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Daher wundere ich mich über diesen scheinheiligen Antrag der GRÜNEN, allen voran von Martin Stümpfig. Sie haben das Windkraftprojekt in der Vergangenheit regelrecht torpediert, oder machen Sie jetzt einen auf Olaf Scholz und erinnern sich nicht mehr daran?

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das ist wieder einmal die typisch grüne Doppelmoral: Hier schimpfen Sie über die mangelnde Kommunikation, und in der Vergangenheit haben Sie genau dieses Projekt madiggemacht.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wer denn?)

Hier wird großspurig der Welt erklärt, was zu tun ist, und wenn es konkret wird, sind Sie der Bremser. Da weht dann kein frischer Wind, sondern höchstens ein laues Lüftchen.

Die Wahrheit ist: Für das Projekt Windpark Altötting gab es richtig Gegenwind von den GRÜNEN. Monatelang haben Sie, Herr Kollege Stümpfig, den Bürgern vor Ort das Projekt durch Falschbehauptungen zur Bürgerbeteiligung, zum Ausschreibungsverfahren und zum Naturschutz madiggemacht. Während wir für das Projekt geworben haben,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wo denn?)

haben Sie es torpediert. Unterstützung gibt es sogar von Umweltverbänden. Die meisten Gemeinden in der Umgebung haben dem Projekt zugestimmt. Sie haben dem Projekt Schaden zugefügt! Ich nenne einmal ein Beispiel: Sie haben gesagt, das Projekt sei "Abzocke", die Ausschreibung sei grottenschlecht. Ist dies Ihr Weg, die Akzeptanz für das Vorhaben zu erhöhen? Mehr noch, Sie haben Fake News verbreitet!

(Florian von Brunn (SPD): Damit kennen Sie sich ja aus!)

Fakt ist: Bereits früh haben die Kommunen ihre Bedingungen für das Projekt formuliert, die auch berücksichtigt wurden. Nur Unternehmen, die die Bedingungen und Bürgerbeteiligungskonzepte berücksichtigt haben, konnten an der Ausschreibung teilnehmen. Das konnte nie durch finanzielle Angebote ausgehebelt werden. Vorgesehen waren von Anfang an echte Beteiligungskonzepte, die sich für die Kommunen und die Bürger rechnen, wenn möglich, durch bestehende Bürgerenergiegenossenschaften, die wir im Landkreis haben – ich bin dabei sogar selbst Mitglied –, oder durch neue Bürgerenergiegenossenschaften, Anteilsscheine oder Sparbriefe. Die hohen Wertungspunkte für die Umwelt und waldschonende Bauweise sind keineswegs Standard, sondern überdurchschnittlich.

Nochmals zur Klarstellung: Die K.-o.-Kriterien, zu denen die kommunalen Belange Bürgerbeteiligung und Erfahrung mit Waldstandorten gehören, müssen immer zu 100 % erfüllt werden. Erst danach kommen die Punktkriterien, bei denen auch die Höhe des Angebots miteinfließt. Wir sprechen hier über ein Projekt mit einem Umfang von 400 Millionen Euro. Der Investor hat eine Beteiligung für Bürger und Genossenschaften von bis zu 49 % zugesichert. Dies sind fast 200 Millionen Euro, und Sie reden bei 200 Millionen Euro von mangelnder Beteiligungsmöglichkeit? 200 Millionen Euro sind für Sie eine mangelnde Beteiligungsmöglichkeit? Ist das Ihr Ernst? Ob Sie es glauben oder nicht, Ihre Miesmacherei und Ihr Geschwätz waren Wasser auf die Mühlen der Projektgegner und der AfD-Argumentation! Das ist die Wahrheit.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Bei euch sind immer die anderen schuld!)

Ich hätte mir von den GRÜNEN erwartet, dass sie dieses Projekt unterstützen, anstatt den typisch grünen Dreiklang anzustimmen: meckern, mosern, miesmachen.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Auch wenn hier Hopfen und Malz verloren ist, noch ein paar Worte zur AfD: Sie leugnen den Klimawandel. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass Sie dem Ausbau der erneuerbaren Energien entgegenstehen. Die AfD ist eine Partei, die nicht für Standortsicherung, Arbeitsplätze und Wohlstand der Zukunft sorgt, weil sie es nicht kann und weil sie es nicht will! Hier fällt mir ein passendes Zitat von Ihnen ein. Ich zitiere: "Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD. Das ist natürlich sch..., auch für unsere Kinder. Aber wahrscheinlich erhält uns das." Das ist die Aussage des langjährigen Pressesprechers der AfD-Bundestagsfraktion Christian Lüth. Dies zeigt: Sie stehen für Abschwung. Sie stehen nicht für die Wirtschaft und nicht für die Menschen. Sie sind eine Gefahr für Deutschland, und sonst gar nichts!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der AfD)

Wir wissen, dass aktuell im Landkreis Altötting weitere Bürgerentscheide geplant sind. Ich bin nach wie vor überzeugt davon, dass wir einen Weg finden werden, gemeinsam mit den Bürgern und Kommunen. Ich bin überzeugt davon, dass dieses Projekt einen maßgeblichen Teil zu unserem Wohlstand in Zukunft beitragen kann und wird und dass wir im Landkreis Altötting stolz sein können, dass Bayerns größter Windpark bei uns entsteht, weil wir mit der Zeit gehen und weil wir es können. Allen Zweiflern – das ist Ihr gutes Recht – wollen wir die Hand reichen. Kommen wir ins Gespräch. Lasst uns diskutieren, aber lasst uns vor allem auch gemeinsam daran arbeiten, Arbeitsplätze und den Standort Chemiedreieck auch in Zukunft zu erhalten. Denn klar ist auch: Wohlstand und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind eben keine Selbstverständlichkeit. Sie können weder durch Verwalten noch durch Umverteilen gesichert werden, sie

müssen stets aufs Neue erarbeitet und erwirtschaftet werden. Genau dafür steht seit jeher der Freistaat Bayern mit der CSU.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Jürgen Mistol (GRÜNE): Totengräber sind das!)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen drei Zwischenbemerkungen vor.

(Lachen bei der AfD)

Als Erstem erteile ich dem Kollegen Martin Stümpfig für die GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Huber! Ich war schon gespannt, wem Sie dieses Mal wieder die Schuld in die Schuhe schieben würden. Die Ampel-Regierung hat dieses Mal dafür nicht so funktioniert, deshalb haben Sie jemand anderes gebraucht.

Bei dem Projekt in Ebersberg hat es eine direkte Kooperation zwischen den Staatsforsten und den Kommunen gegeben. Daraus ist die Idee entstanden, einen Windpark zu errichten. Diese Idee wurde breit in der ganzen Region getragen. Meine Kritik ist, dass das Ausschreibungsmodell von oben diktiert ist. Somit findet überhaupt keine Manifestierung in der Region statt. Ich habe ein paar Fragen an Sie: Sind Sie bereit, noch einmal über diese Ausschreibungen drüberzuschauen und zu fragen:

(Michael Hofmann (CSU): Er widerspricht sich!)

Wie können die Ausschreibungen geändert werden? Die rechtlichen Möglichkeiten sind vorhanden. Sind Sie bereit, wieder zum alten Modell zurückzukehren, das man zehn Jahre lang mit den Bayerischen Staatsforsten verfolgt hat? Sind Sie bereit, zum alten Modell mit Direktverträgen mit Kommunen zurückzukehren? Die Akzeptanz und die Bürgerbeteiligung sind dann viel breiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Huber.

Martin Andreas Huber (CSU): Herr Kollege Stümpfig, ich kann noch einmal darauf hinweisen: Sie waren unterwegs und haben behauptet, dass die Beteiligungsmöglichkeiten nicht gegeben wären. Sie verbreiten falsche Zahlen mit den 24,9 %. Fakt ist, dass die Beteiligungsmöglichkeit an diesem Projekt bei 49 % liegt und nicht, wie von Ihnen fälschlicherweise behauptet, bei 24,9 %.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Für die Kommunen steht außerdem eine Wertschöpfung von 1,1 Millionen Euro pro Jahr im Raum durch die Beteiligung von 0,2 Cent pro Kilowattstunde.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Es ist eine andere Frage gestellt worden!)

Die Kommunen profitieren auch in der jetzigen Lage.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Lasst ihn doch ausreden! – Jürgen Mistol (GRÜNE): Antworte doch einmal auf die Frage!)

Das ist Fakt, und wenn Sie das jetzt madigmachen, dann ist das jetzt wieder der typisch grüne Dreiklang: meckern, mosern, miesmachen. Auch das gefährdet so ein Projekt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Martin Huber, ich will zuerst einmal darauf hinweisen, dass es diese Bundesregierung war, die das Wind-an-Land-Gesetz verabschiedet hat und der Windkraft auch in Bayern erst wieder zum Durchbruch verholfen hat. Vonseiten der Staatsregierung ist da wenig Bewegung gekommen. Zweitens. Ich würde mir schon wünschen, dass du die Kritik an denjenigen übst, die die hauptsächli-

chen Verursacher sind. Da wäre Selbstkritik angebracht. Aber du darfst natürlich auch gerne den zuständigen Wirtschaftsminister hier im Plenum und nicht nur in der Zeitung kritisieren.

(Widerspruch bei der CSU)

Drittens. Beim Thema Fake News muss man etwas vorsichtig sein. Man wirft der Regierungskoalition fälschlicherweise vor, für Entwicklungshilfemaßnahmen verantwortlich zu sein, die der eigene CSU-Entwicklungsminister Gerd Müller auf den Weg gebracht hat. Da sollte man das nächste Mal etwas mehr Vorsicht walten lassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Huber.

Martin Andreas Huber (CSU): Kollege von Brunn, wir leben jetzt in einer völlig unterschiedlichen Zeit. Im Jahr 2019, als die Union regiert hat, ging es dem Land gut. Markus Söder und die CSU haben eine zusätzliche Milliarde für die Landwirtschaft herausgeholt. Die Wirtschaft ist gewachsen, die Arbeitslosigkeit ging zurück. Heute sind wir im Jahr 2024: Deutschland ist das Schlusslicht, der kranke Mann Europas, die Wirtschaft ist in der Rezession. Die Ampel kürzt den Bauern eine Milliarde und setzt völlig falsche Prioritäten.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was raucht der denn?)

Das ist der Unterschied, und darauf bezog sich meine Kritik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die dritte Zwischenbemerkung kommt von Prof. Hahn.

Martin Andreas Huber (CSU): Das ist ja die übliche Gesellschaft heute.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Dr. Huber! Es ist sehr interessant zu sehen, wie Sie sich mit den GRÜNEN gegenseitig den Ball bzw. den Schwarzen Peter

zuschieben, dass beide verantwortlich sein sollen, dass es zu diesem Windpark – ich sage zum Glück – in Altötting nicht gekommen ist; denn der Volksentscheid war ja ganz anders.

(Florian von Brunn (SPD): Es gab keinen Volksentscheid!)

Jetzt habe ich in Ihrer Rede eben tatsächlich gehört, dass Sie trotzdem weiterhin planen, diesen Windpark umzusetzen. Meine Fragen: Wollen Sie sich hier sozusagen dem Volkswillen in Bayern widersetzen und das trotzdem durchsetzen? Sollten Sie nicht einfach mal akzeptieren, dass die Menschen vor Ort das nicht wollen? Können Sie es einfach nur deshalb nicht, weil das der Wille der Bevölkerung und zufälligerweise auch genau die Position der AfD Bayern ist?

(Beifall bei der AfD)

Martin Andreas Huber (CSU): Herr Kollege Hahn, in der aktuellen Situation muss uns klar sein, dass sich Deutschland in einer Rezession befindet. Wir müssen in Bayern alles dafür tun, dass sich die Wirtschaft und die Infrastruktur diesem Bundestrend entziehen und diesem trotzen. Deswegen braucht es kraftvolle Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen. Wir sind in Bayern beim Ausbau der erneuerbaren Energien die Nummer eins. Ich habe es gerade angesprochen, das Bayerische Chemiedreieck ist eine der energieintensivsten Regionen dieses Landes und steht tagtäglich in einem globalen Wettbewerb. Die Welt um uns herum schläft nicht. Der Chef von Wacker Chemie ist in diesen Tagen in China. Dort wird wahrgenommen, wie die Situation in Deutschland ist. Wir haben es also nicht nur mit einer Situation zu tun, in der vielleicht Neuanordnungen zukünftig nicht erfolgen werden, sondern es geht darum, dass wir unseren bisherigen Wohlstand sichern und verteidigen. Das müssen wir jeden Tag neu erarbeiten. Deswegen halte ich das Projekt des Windparks im Altöttinger Forst für die chemische Industrie und für das Bayerische Chemiedreieck für wegweisend und unabdingbar. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir am Ende auch zu einer guten Lösung kommen werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 164 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren keine Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Dieter Arnold entfielen 29 Ja-Stimmen und 133 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 2 Abgeordnete. Damit hat der Abgeordnete Dieter Arnold nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Als nächstem Redner in der Debatte der Dringlichkeitsanträge erteile ich dem Kollegen Johannes Meier für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Johannes Meier (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste auf den Rängen! Herr Stümpfig, zuerst möchte ich auf den kleinen Angriff gegen meinen Kollegen Herrn Köhler in Ihrem Redebeitrag eingehen. Es waren nicht Menschen wie der Kollege Köhler, die die Bürgerinnen und Bürger zu diesem Bürgerentscheid und zu diesem Endergebnis bewogen haben, sondern es waren Ihre verfehlte Energiewende und Ihre grüne Politik, die die Menschen genau dazu bewogen haben. Das hat die Menschen dazu bewogen, mit Nein zu stimmen. Es war nicht die AfD. Es ist Ihr eigenes Vermächtnis. Sie können sich selber auf die Schulter klopfen. Das wollte ich vorweg sagen.

(Beifall bei der AfD)

Ich finde es auch sehr schade, dass die CSU mittlerweile jede Gelegenheit nutzt, um am Ende – aus Angst vor mangelndem Applaus wahrscheinlich – noch einmal ein

bisschen bei der AfD draufzuhauen. Dann ist nämlich sicher, dass da noch ein bisschen Applaus kommt.

(Beifall bei der AfD)

Ich denke, Sie sollten als Staatsregierung das Selbstbewusstsein haben, dass Sie sich Applaus auf andere Art und Weise holen können. Ich werde später noch auf den Antrag eingehen, aber es ist vorweg schon viel passiert. Jetzt bekommen Sie zum Abschluss noch eine kleine Nachhilfestunde in Sachen Demokratie, und zwar von der AfD.

(Heiterkeit bei der AfD)

Das ist mir ganz besonders wichtig, und darauf können Sie sich richtig freuen. Sie schreiben in Ihrem Antrag selbstverständlich, dass es um die Bürgerbeteiligung geht und darum, den Bürgern klarzumachen, welche finanziellen Vorteile und Anreize es aus Ihrer Sicht haben kann und welche Vorteile für den Klimaschutz. Jedoch hat das eine gewisse Doppeldeutigkeit. Die Definition der Bürgerbeteiligung besagt, dass es für die Demokratie eine entscheidende Bedeutung hat, den Bürgern mehr, eine größere und aktivere Rolle in der Demokratie zu geben. Das ist ja auch passiert. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich mit 75 % Wahlbeteiligung und einer Differenz von über 300 Stimmen gegen diesen Teil des Windparks ausgesprochen. Das nennt man einen demokratischen Prozess. Diesen sollten Sie alle akzeptieren. Sie sollten nicht wieder mit noch einem Antrag versuchen, das Ganze in die Länge zu ziehen, die Bürger zu bevormunden, zu überreden und am Ende – wir haben es ja schon gehört – wahrscheinlich über den Willen der Bürgerinnen und Bürger hinweg zu entscheiden.

Hier kommt noch ein klarer Hinweis nach den letzten Wochen, in denen immer so schön formuliert wurde, dass alle Demokraten zusammenhalten müssen: In unserem Parteiprogramm steht ganz klar drin, dass wir für mehr direkte Demokratie und mehr Macht vom Volke sind. Das steht nur bei der AfD im Parteiprogramm drin. Mit uns

gäbe es ein ganz klares Ergebnis. Wir würden nämlich diesen Bürgerentscheid so akzeptieren, wie er ist, egal ob er uns gefällt oder nicht.

(Beifall bei der AfD)

Es muss wehtun, wenn man das so hören muss. Das verstehe ich. Aber es ist vielleicht auch ganz wichtig, das einmal zu sagen. Das Chemiedreieck ist mit 40.000 direkt und indirekt Beschäftigten und mit einem Jahresumsatz von 10 Milliarden Euro nicht nur der zweitgrößte Chemiestandort in Deutschland und wichtiger Arbeitgeber, sondern auch Wohlstands- und Innovationsfaktor in Südostbayern. Sie argumentieren immer gegen die Atomenergie; am Ende macht es der gute Mix aus. Es ist nicht immer nur – ich habe das bei der Geothermie schon angesprochen – die eine universale Lösung; es ist vielmehr das Zusammenspiel vieler Faktoren.

Der Strombedarf dieses Chemiedreiecks in Höhe von 5 Milliarden Kilowattstunden ist enorm. Er macht circa 6 % des gesamten Strombedarfs in Bayern aus. Der Windpark, den Sie dort errichten wollen, würde gerade einmal 550 Millionen Kilowattstunden liefern. Das heißt, er würde rund ein Zehntel des Energiebedarfs decken.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist zu wenig!)

Selbstverständlich muss man darüber nachdenken, die Atomenergie wieder neu aufleben zu lassen. Das Kernkraftwerk Isar II zum Beispiel hat allein im Jahr 2022 12 Milliarden Kilowattstunden an Strom erzeugt, also die doppelte Menge Strom, die im Chemiedreieck notwendig wäre. Deswegen kann man sehr wohl für den Atomstrom plädieren. In den Nachrichten haben wir gelesen, die Tschechei geht den richtigen Weg.

(Florian von Brunn (SPD): Tschechien!)

Wenn Sie von den GRÜNEN immer erwähnen, dass wer auch immer die Windkraft schlechtmacht, dann sage ich: Man kann es auch in die andere Richtung denken: In

der Tschechei gibt es in der Bevölkerung für die Atomkraft eine Akzeptanz von über 80 %. So kann man es auch machen, wenn man es möchte. Das ist der andere Weg.

Zudem ist es auch enorm wichtig anzusprechen, dass Wind nicht immer weht – auch bei einer Bürgerbeteiligung. Die Einspeisevergütung ist auch nur dann garantiert, wenn Wind weht. Atomstrom würde eine sichere Energiequelle bieten. Deswegen stehen wir nach wie vor für einen gesunden Energiemix inklusive des Atomstroms. Deswegen können wir den vorliegenden Dringlichkeitsantrag nur ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Josef Lausch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! – Ach, er ist gerade nicht anwesend. Sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident – er war im Jahr 2024 übrigens bislang in jeder Landtagssitzung anwesend –, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

(Lachen bei der SPD)

– Herr von Brunn, Sie brauchen gar nicht zu lachen.

(Florian von Brunn (SPD): Ich habe den Seitenhieb schon verstanden!)

– Schön! Das hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut.

(Heiterkeit)

Wenn Staatsminister Hubert Aiwanger am gescheiterten Bürgerentscheid schuld wäre, wäre auch jeder erfolgreiche Bürgerentscheid in der Vergangenheit sein Verdienst. Kein einziges Mal aber wurde der Energieminister in den letzten Jahren im Landtag von den Oppositionsfraktionen dafür gelobt, dass Bürgerentscheide im ganzen Land Bayern pro Windkraft ausgingen, wie zum Beispiel am Rennsteig, im Landkreis Lands-

berg am Lech, im Landkreis Ebersberg, bei Ludwigsstadt, Tettau, Steinbach am Wald im Landkreis Kronach, bei Denklingen, Üchtelhausen, Sinzing usw. Kein einziges Lob!

Im Rahmen der Diskussion zu diesem Dringlichkeitsantrag möchte ich Sokrates zitieren.

(Unruhe bei der AfD)

Ich weiß, für die AfD ist es ein Problem, wenn man einen ausländischen Philosophen zitiert.

(Heiterkeit bei der AfD – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sokrates hat gesagt: "Wenn die Debatte verloren geht, wird Verleumdung zum Werkzeug des Verlierers." – Ich möchte damit die GRÜNEN und die SPD auffordern: Wenn Sie sich sinnvoll einbringen möchten, dann sollten Sie im Bayerischen Landtag keine Show veranstalten, sondern sich endlich in Berlin bei Ihren Parteifreunden durchsetzen, damit die finanzielle Beteiligung von Kommunen im EEG von derzeit 0,2 Cent pro Kilowattstunde auf 0,4 Cent pro Kilowattstunde heraufgesetzt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Das hat Bayern lange gefordert und im Bundesrat leider bisher erfolglos eingebracht. Das würde sofort helfen, Kommunen von Projekten zu überzeugen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Freunde von SPD und GRÜNEN, wer mit zwei Fingern auf andere zeigt, zeigt auch mit drei Fingern auf sich selbst. Bayerische Grüße nach Berlin!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächstem erteile ich dem Staatsminister Hubert Aiwanger das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Danke für diese Debatte zum dringend nötigen Windpark im Landkreis Altötting für unser Chemiedreieck. Ja, wir brauchen diese Energie. Ja, wir brauchen diese Windräder. Wir brauchen auch einen Weg, der zu diesen Windrädern führt.

Wir nehmen zur Kenntnis und müssen es auch akzeptieren, auch wenn es uns nicht gefällt, dass die Bürger in Mehring jetzt mehrheitlich dagegen gestimmt haben, weil sie von den Planungen nicht überzeugt sind. Manche haben gemeint, der Aiwanger hätte das alles drehen und eine Zweidrittelmehrheit auf den Kopf stellen können, wenn er etwas früher dort gewesen wäre. Wenn Sie sich vor Ort erkundigen, dann wissen Sie, es war nicht der Grund, dass der Aiwanger zu wenig vor Ort gewesen ist, sondern Grund war, dass einfach die Pläne von den Anwohnern, von denen, die es dann am Ende abgelehnt haben, so nicht akzeptiert wurden. Insofern ist jetzt der richtige Weg, die Gespräche zu vertiefen und auf die Details inklusive der Bürgerinitiativen einzugehen.

Unter dem Eindruck des Ukrainekriegs und der Strompreisexplosion sind innerhalb kurzer Zeit – und das begrüße ich sehr – auch über das Landratsamt und die Kommunalpolitik Aktivitäten entwickelt worden, sich sehr schnell für die Windkraft zu positionieren und eine alternative Energieversorgung zum russischen Gas aufzubauen. Es kam das klare Bekenntnis der Kommunalpolitik, jawohl, wir wollen in dieser Region diese rund 40 Windräder realisieren. Ein Investor ist aufgetreten. Wir müssen darüber froh sein, dass jemand kommt und in das Projekt in dieser Größenordnung einsteigt.

Ich muss an dieser Stelle auch richtigstellen, dass die Bayerischen Staatsforsten nicht einfach sagen können: Wir verteilen die Standorte nach Belieben an ein paar Bürgerenergiegenossenschaften und Kommunen. Vielmehr ist die juristische Einschätzung zu beachten, ob wir das wahrhaben wollen oder nicht, dass die Bayerischen Staatsforsten eine marktbeherrschende Stellung einnehmen, und zwar allein aufgrund ihrer großen Gebietskulisse, wo wir rund 500 Windräder platzieren können. Vielleicht kön-

nen wir auch etwas mehr als 500 platzieren, 500 Windräder zu realisieren, ist auf jeden Fall relativ leicht. Wir haben viele denkbare Standorte eingegrenzt. Mit dieser Marktmacht kann man nicht agieren, indem man sagt: Wir bedienen billig irgendjemanden, der es gerne hätte. Uns also vorzuwerfen, wir müssten nur alles billig hergeben, dann wäre die Welt in Ordnung, geht nicht. Wir müssen uns dem internationalen Ausschreibungsprozedere unterwerfen.

Wir haben bei diesem Projekt sehr viel Bürgerbeteiligung. Bis zu 49 % Bürgerbeteiligung ist möglich. Wir vertiefen diese Dinge jetzt und konkretisieren das jetzt auch in der Kommunikation. Wir denken über Modelle nach, dass die Anwohner und Bürger in der Region eventuell über eine Plattform verbilligte Strompreise bekommen können, dass sie sich über Bürgerenergiegenossenschaften noch intensiver beteiligen können, dass sich die Kommunen beteiligen können.

Dass wir noch genauer über die jeweiligen Standorte diskutieren, ist bisher oft nicht standortscharf passiert. Wenn es jetzt zum Schwur kommt und wie in Mehring mehrere Windräder in ziemlich genau tausend Metern Abstand zur Siedlung platziert werden sollen und die Anwohner fragen: "Geht es denn nicht ein bisschen weiter weg?", dann müssen wir uns jetzt um diese Details im Kleinen kümmern. Anders ist es wohl nicht möglich. Wir kriegen von den Bürgern keinen Blankoscheck nach dem Motto: Ihr werdet es schon richtig machen.

Natürlich ist es trotzdem so, dass man über Jahre hinweg mit anderen Energieformen ein anderes Landschaftsbild hatte. Natürlich braucht es erst Überzeugungsarbeit, um Windräder in die Wälder oder in schöne Landschaften zu stellen, wo die Anwohner sagen: Wir hätten gerne dieses Bild so, wie es heute ist, erhalten. – Aber wir können eben nicht alles erhalten, wie es ist. Sie sehen die Diskussionen um neue Atomkraftwerke an der tschechischen Grenze, wo am Ende auch wieder Bürgerinitiativen gegründet werden und gefordert wird: Bitte, Freistaat Bayern, ihr müsst dagegen vorgehen, das können wir doch nicht einfach zulassen. Und trotzdem importieren wir derzeit

Atomstrom aus Tschechien und Frankreich. Wasch mich, aber mach mich nicht nass!
Das funktioniert nicht.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Alles falsch!)

Insofern müssen wir uns, ob wir wollen oder nicht, ganz gezielt mit allen Kritikern und mit allen berechtigten Kritiken auseinandersetzen. Landwirte befürchten beispielsweise, dass sie Flächen enteignet bekämen, um Ersatzpflanzungen vorzunehmen, weil im Bannwald etwas abgeholzt wird und an anderer Stelle gegebenenfalls wieder aufgeforstet werden muss. Es gibt also die Befürchtungen, es würden die Felder weggenommen und vieles mehr, was viele dazu verleitet zu sagen: Jetzt sage ich sicherheitshalber mal Nein und schaue dann, wie es weitergeht.

Jetzt ist unsere Strategie, ganz gezielt auf die Bürger und Bürgerinitiativen zuzugehen, die Wirtschaft einzubinden und klarzustellen, dass wir diesen Strom in der Region brauchen. Diese 40 Windräder würden Strom für rund 150.000 Haushalte liefern. Das ist eine Hausnummer. Das sind 500.000 Menschen. Das würde in etwa, wenn wir es direkt in die Industrie einspeisen, rund 10 % des Strombedarfs der Industrie abdecken. Da kann auch wieder jeder sagen: Na ja, was ist mit den anderen 90 %? – Wir wissen aber eben, dass diese Chemieansiedlung einer der größten Energieverbraucher in ganz Deutschland ist und wir diese Arbeitsplätze dringend erhalten müssen. Der Wohlstand in der Region hängt ganz maßgeblich davon ab, ob wir dort innovations- und ansiedlungsfreundlich genug sind und solche Projekte noch durchgesetzt bekommen. Es sollen auch die Investoren nicht verunsichert werden, wie es bei möglichen weiteren Ansiedlungen von Arbeitsplätzen aussähe. Natürlich haben wir – Gott sei Dank – quasi Vollbeschäftigung, die aber auch nicht vom Himmel fällt, sondern immer wieder neu erarbeitet werden muss.

Man sollte sich jetzt also nicht in Schuldzuweisungen ergehen: Wer ist jetzt schuld? Was wäre, wenn? – Wir sehen vielmehr, dass die Bürger in Mehring diesen Weg an der Stelle nicht mitgegangen sind. Wir können das nicht ignorieren. Wir können das

nicht ausblenden. Wir können es auch nicht mit einem juristischen Trick aushebeln und sagen, es ist uns egal, wie die Leute darüber denken, sondern wir müssen mit den Bürgern eine Perspektive erarbeiten: Einbindung aller Betroffenen; noch mehr klarmachen, wie wichtig das für die Energieversorgung in der Region ist und wie wichtig es ist, sich hier persönlich einzubringen.

Noch ein wichtiges Phänomen fällt mir immer wieder auf, weil ja diskutiert wird, dass Windräder in den Wäldern die Wälder zerstören. Ich habe sicher ein großes Herz für den Wald und schon viele Standorte – auch im Raum Bayreuth – von Windrädern im Wald besichtigt. Ich kann allen Kritikern sagen, dass die Wälder von den Windrädern nicht zerstört werden, sondern dass die Pachteinnahmen in vielen Fällen – auch bei den Bayerischen Staatsforsten, auch in Privatwäldern – dringend nötig sind, um damit die Kosten des Waldumbaus in den nächsten Jahren zu finanzieren.

Selbst im unmittelbaren Umgriff eines Windrads ist nicht alles tot, sondern dort entstehen ökologische Kleinode, dort blühen Pflanzen, die vorher im Fichtenwald nicht geblüht haben.

(Zuruf von der AfD: Gänseblümchen!)

Dort entstehen Freiflächen. Dort wachsen Büsche. Dort entstehen Kleinbiotope. Auf diesem Drittelhektar oder halben Hektar ist plötzlich eine Flora und Fauna angesiedelt, die es vorher nicht gab.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das glauben Sie doch selber nicht!)

Gehen Sie zu dem Windrad in der Nähe von Bayreuth, wo Blumen und Disteln blühen, wo Schmetterlinge hinfliegen, wo sich viele Vögel ansiedeln, weil in dieser Waldlandschaft eben eine Lichtung mit mehr Sonneneinstrahlung besteht. Wenn man dort genau hinsieht, bemerkt man, das ist nicht tot, sondern ökologisch sogar aufgewertet. Insofern sind das Dinge, die man auch im Klein-Klein und im Detail erklären muss,

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Applaus von den GRÜNEN, Herr Aiwanger!)

um die Bürger auf diesem Weg mitzunehmen.

Ein Punkt ist auch, dass es überall dort, wo schon Windräder stehen, keine Unterschriftensammlungen oder Bürgerinitiativen mehr gegen diese Windräder gibt, sondern häufig, wenn erst einmal ein Windrad steht – siehe Fuchstal – und dann ein zweites steht, dann auch das dritte und vierte ohne Komplikationen akzeptiert wird, weil die Menschen sehen, dass es nicht so schlimm ist, wie sie vorher befürchtet hatten oder ihnen weisgemacht wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Überall dort, wo schon Windräder stehen, ist die Zustimmung zur Windkraft größer. Der Mensch ist – und das ist auch gut so – verständlicherweise ein Lebewesen, das mit einer gewissen Skepsis unterwegs ist. Der Mensch sagt, das kenne ich nicht, da habe ich zunächst einmal Bedenken, das lehne ich sicherheitshalber ab. Wo aber schon Windräder stehen, da akzeptiert man sie.

Ich appelliere auch an all diejenigen, die im Windrad eher eine Bedrohung als eine Chance sehen, sich mal ins Auto zu setzen, zu einem Windradstandort zu fahren, sich das anzusehen und sich das anzuhören. Es ist nicht so laut, wie es kommuniziert wird, dass man nachts nicht mehr schlafen könnte.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Sagen Sie das mal dem Bürger!)

Das sind vielfach Verunsicherungen, die vielleicht auch von alten Windradtypen herühren, bei denen noch mehr Lärm entstanden ist. Die neuen Windradtypen sind sehr leise und nicht so ein Problem wie dargestellt.

Jetzt an die Adresse derer, die uns ständig vorwerfen, dass in anderen Bundesländern im Jahr 2024 bereits soundso viele Windräder gebaut worden seien, in Bayern aber

noch nicht: Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass wir die 10-H-Regel erst Ende 2022 geöffnet haben. Das ist jetzt ein gutes Jahr her. Die Realisierung eines Windrads liegt im Bundesdurchschnitt von der Planung bis zur Fertigstellung bei rund acht Jahren, in Bayern bei rund sechs Jahren. Die Windräder, die also heute in Nordrhein-Westfalen usw. an den Start gehen, wurden dort von der Vorgängerregierung vor sechs, sieben oder acht Jahren geplant. Die Windräder, die jetzt ins Laufen kommen, weil wir die 10-H-Regel Ende 2022 geöffnet haben, werden eben leider Gottes auch erst in ein paar Jahren und nicht auf Fingerschnippen über Neujahr an den Start gehen. Sie wissen, was wir hier für einen Vorlauf für Planung und Bau usw. brauchen.

Das ist einfach eine Irreführung. Wenn Sie es aber nicht wissen, dann sage ich es Ihnen hiermit: Wir haben 10 H erst vor gut einem Jahr geöffnet. Wir können nicht erwarten, dass die ersten Windräder schon nach zwölf Monaten stehen. Das funktioniert nirgends. Wir brauchen diese Zeit auch, um diese Aufgaben im Einklang mit dem Bürger abzuarbeiten. Wir können nicht ein paar Kreuzchen auf die Landkarte machen, und dann kommt der Bagger, und übermorgen wird betoniert. Das ist in einem demokratischen Rechtsstaat – Gott sei Dank – nicht möglich. Wir brauchen diesen Vorlauf. Agieren Sie hier fair! Verdrehen Sie an der Stelle nicht die Tatsachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich glaube, dass jetzt nicht der Zeitpunkt für Schuldzuweisungen ist. Man kann das tun, es bringt in der Sache aber keinen Fortschritt. Wir müssen, ausgehend vom Bürgerwillen, den Bürger ernst nehmen, den Bürger dafür gewinnen, wo wir hinwollen. Wir müssen den Bürger davon überzeugen, dass es eine gute Sache ist, weil wir ansonsten Wohlstand in der Region gefährden, weil wir uns ansonsten im Chemiedreieck zurückentwickeln würden, wenn wir nicht mehr in der Lage sind, solche Dinge hinzubekommen. Es sind dort ja noch weitere Kommunen, die bisher nicht mitgemacht haben. Ich rufe alle Beteiligten in der Region auf, weiterhin zur Sache zu stehen.

Mein großer Dank an die Kommunalpolitik – den Landrat, die Bürgermeister und die Gemeinderäte vor Ort –, die mit großem Vorschussvertrauen gesagt hat: Jawohl, wir stehen dazu. – Jetzt sind wir gefordert, die Bürger mit noch besseren Bedingungen für dieses Projekt zu gewinnen. Ich bin da voll dabei und danke jedem, der mich auf diesem Weg ehrlich unterstützt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Danke, Herr Staatsminister. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Als Erstem erteile ich dem Kollegen Martin Stümpfig das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Staatsminister Aiwanger, ich stelle fest: Als Sie 2018 die Koalition mit der CSU eingegangen sind, haben Sie es nicht geschafft, die CSU von ihrem Anti-Windkraft-Kurs abzubringen. Wir haben dazu mit dem Wind-an-Land-Gesetz einen Robert Habeck gebraucht,

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oje!)

damit wir jetzt endlich einen Durchbruch haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Traum weiter!)

Sie sagen, Sie wollen keine Schuldzuweisungen machen. – Wie ist es dann zu verstehen, dass Sie Ministerpräsident Söder sagen, er habe zu sehr von oben agiert? Das wäre die eine Frage.

Die zweite Frage ist: Wir haben in meiner Region – Westmittelfranken – 62 Flächen, die wir im Regionalen Planungsverband jetzt ausweisen. Bei 61 dieser Flächen sind die Kommunen jetzt schon aktiv, um zu schauen, wie sie diese Projekte aktiv gestalten können. Das ist eben diese breite Manifestierung. Wir haben sie bei den Bayerischen Staatsforsten eben nicht. Dort diktiert man von oben: Dort kommt eine Fläche hin.

Deswegen meine Frage an Sie: Sind Sie nach dem Rückschlag von Mehring bereit, jetzt noch einmal zu überlegen und sich anzusehen, dass es bei den Staatsforsten zehn Jahre lang mit Direktverträgen funktioniert hat? Sind Sie bereit, hier wirklich einen Cut zu machen und wieder diese alte Regelung anzuwenden, wo man die direkte Kooperation mit den Kommunen hat?

Und wenn Sie rausgehen: Bitte nicht, wie gerade eben, Erzählungen von Blümchen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ihre Redezeit!

Martin Stümpfig (GRÜNE): Die Langfassung des Gutachtens muss veröffentlicht werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich wiederhole an der Stelle, dass bei vielen Bürgern schlichtweg der Eindruck und die Feststellung vorhanden sind, dass sie im Vorfeld nicht genügend eingebunden waren, was aufgrund der Zeitknappheit so auch gar nicht möglich war. Es war eben wegen des Ukraine-Kriegs der Eindruck: Wir brauchen jetzt schnell Energielösungen. Wir brauchen einen Planer. Wir müssen da vorwärtsgehen und können noch nicht jedes Windrad im Detail standortmäßig festlegen. – Jetzt werden eben erst die Karten auf den Tisch gelegt, und die Bürger bekommen Einblick und sagen: Hoppla, tausend Meter vor der Haustür. Das ist mir zu wenig. – Das ist nicht die Vorgehensweise, die man woanders hatte, wo man sich mehr Zeit ließ und mehr Zeit lassen konnte und vielleicht über einzelne Windräder sehr viel mehr diskutiert hat.

Der Unterschied ist auch, dass im Fränkischen schon in der Vergangenheit in vielen Gebieten die Akzeptanz größer war, weil man dort mit Sicherheit oft bessere Windstandorte hatte. Dort haben früher schon niedrigere Windräder eine höhere Rendite erzielt als im Süden, wo bis vor wenigen Jahren Windräder mit 250 Metern noch nicht

da waren. Ein Windrad mit 100 Metern Höhe hätte an diesen Standorten nicht rentabel betrieben werden können. Deshalb die Aussage "Wind rentiert sich hier nicht", "Wind geht hier nicht". Woanders hatte es sich früher schon rentiert. Es ist deswegen wichtig, immer differenziert an die Dinge heranzugehen.

Aber noch mal: Maximale Bürger- und Kommunalbeteiligung ist unser Ziel. Aber die Juristen sagen uns auch per Gutachten, dass wir nicht einfach dem Bürgermeister oder einem Bekannten oder einer befreundeten Bürgerenergiegenossenschaft größere Anlagen in Direktvergabe übergeben können, weil sonst von Mitbewerbern Klagen zu befürchten wären, die besagen: Hier ist das Wettbewerbsrecht nicht eingehalten. – Wir machen das also nicht aus Spaß, sondern ich bin überzeugt: Wenn wir da abweichen würden, dann wären Klagen zu befürchten.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Zehn Jahre lang hat es keine einzige Klage gegeben!)

Dann wären Klagen zu befürchten, wo die Prozesse vielleicht jahrelang dauern. Dann geht wieder nichts vorwärts. Soweit das geht, machen wir das gemeinsam mit den Kommunen und beziehen die Kommunen ein, können aber nicht über die Gutachten von Juristen hinweggehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Martin Stümpfig (GRÜNE): Veröffentlichung Gutachten!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Ruth Müller.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Minister, wir haben in den letzten Tagen mit zunehmender Verwunderung von den zunehmenden Konflikten in der schwarz-orangen Koalition gelesen. Man hat sich gegenseitig mit Vorwürfen überzogen, dass man zu wenig da gewesen wäre, dass bei der Gestaltung der Terminkalender die falschen Prioritäten gesetzt worden seien, dass das Windprojekt besser unterstützt hätte wer-

den sollen. Damit wir das hier herinnen mal klarstellen, würde mich interessieren, wer von der Bayerischen Staatsregierung denn in den letzten Wochen und Monaten wie viele Termine pro Windpark gemacht hat. Wer war denn jetzt öfter dort? Der Ministerpräsident Söder oder die Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber oder eben Sie als zuständiger Minister für das Thema Energie?

Wir haben in der Presse gelesen, dass es angeblich einen Plan B gibt, mit dem das jetzt umgesetzt werden soll, damit die Arbeitsplätze und die Energiesicherheit sichergestellt werden können. Uns würde interessieren, wie der Plan B aussieht und wie er unterstützt wird. Gibt es da Vor-Ort-Termine, Aufklärungsveranstaltungen oder Plakataktionen, oder sind Flugblätter geplant?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Den Plan B habe ich Ihnen gerade eine Viertelstunde lang erklärt: dass wir auf alle Beteiligten noch mehr zugehen usw. Wer wann wie was für die Windkraft getan hat, habe ich vorher erklärt: In meinen Augen war nicht der entscheidende Punkt, ob hier abgelehnt worden ist oder nicht abgelehnt worden ist, sondern der entscheidende Punkt ist, dass die Anwohner einfach mit der jetzigen Planung so nicht einverstanden sind. Dieses demokratische Votum müssen wir zur Kenntnis nehmen. Da helfen keine Schuldzuweisungen, sondern wir müssen zwei Schritte zurückgehen, um dann wieder zwei Schritte nach vorne gehen zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Eine weitere Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Johannes Meier.

Johannes Meier (AfD): Herr stellvertretender Bayerischer Ministerpräsident Staatsminister Aiwanger, zunächst finde ich es super, dass Sie auf den Bauerndemos gegen die Ampel unterwegs gewesen sind.

Ich habe folgende Frage an Sie: Man hat vorhin der Facebook-Seite des Herrn Ministerpräsidenten wieder entnehmen können, dass er in der Kantine essen war. Jetzt nehmen wir mal an, er kommt nach dem Essen ganz entspannt zu Ihnen und sagt zu Ihnen: Ach Mensch, das Bürgerbegehren ignorieren wir jetzt einfach. Wir ziehen das durch. – Was wäre Ihre Antwort?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Was würde er sagen?

Johannes Meier (AfD): Er würde sagen: Das Bürgerbegehren ignorieren wir jetzt einfach. Wir ziehen das durch. – Was würden Sie ihm antworten?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Das können wir jetzt gar nicht durchziehen, weil die gesetzliche Lage so ist, dass wir als BaySF nicht über den Bürgerentscheid hinweggehen können oder über die Entscheidung des Gemeinderats, der sich ja jetzt den Bürgerentscheid zu eigen machen muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es liegen keine weiteren Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/381 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/394 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wieder die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstim-

men! – Bei Gegenstimmen der Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, gebe ich die Ergebnisse der vorher durchgeführten Richterwahlen bekannt. Bezüglich Tagesordnungspunkt 3 a komme ich zur Wahl von Frau Dr. Karin Angerer zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. An der Wahl haben 162 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war keine Stimme. Auf Frau Dr. Angerer entfielen 131 Stimmen. Mit Nein stimmten 2 Abgeordnete. Ihrer Stimme enthalten haben sich 29 Abgeordnete. – Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Frau Dr. Karin Angerer zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs gewählt hat.

Ich fahre fort mit der Wahl von Frau Dr. Margit Zorn zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. An der Wahl haben auch hier 162 Abgeordnete teilgenommen. Auch hier war keine Stimme ungültig. Auf Frau Dr. Zorn entfielen 129 Stimmen. Mit Nein stimmten 4 Abgeordnete. Ihrer Stimme enthalten haben sich 29 Abgeordnete. – Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Frau Dr. Margit Zorn zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs wiedergewählt hat. Der Tagesordnungspunkt 3 a ist damit erledigt.